

## **Werkstattgespräch W6**

Gestaltung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung formaler und informeller Maßnahmen zur Einbeziehung der Öffentlichkeit

Moderator/Impulsreferent: Beate Kallenbach-Herbert, Öko-Institut e.V., Darmstadt

### **Resümee, 10.09.2009**

Im Impulsvortrag „Wie sag ich's den Anwohnern? – Möglichkeiten zur frühzeitigen Einbeziehung der Öffentlichkeit in komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren“ wurde ein umfassender Ansatz zur Einbeziehung der Öffentlichkeit und ihrer regionalen Vertreter im Vorfeld eines Zulassungsverfahrens für ein komplexes Vorhaben vorgestellt. Außerdem wurde auf die Notwendigkeit einer vorherigen Konsensbildung auf der nationalen Ebene bei gesellschaftlich und politisch umstrittenen Technologien hingewiesen.

Der Ansatz einer frühzeitigen Einbeziehung der Öffentlichkeit wurde von den meisten Anwesenden unterstützt.

Im Einzelnen wurden u. a. folgende Punkte in der Diskussion angesprochen:

- Nicht in jedem Projekt stehen Zeit und Finanzmittel für einen umfassenden Beteiligungsprozess zur Verfügung. Es muss jeweils im Einzelfall abgewogen werden, welche Maßnahmen zur Einbeziehung der Öffentlichkeit sinnvoll und angemessen sind.
- Bei geringerer Brisanz eines Vorhabens kann auch ein deutlich reduzierter Umfang an Informations- und Kommunikationsmaßnahmen ausreichend sein.
- Die Rolle der Behörde in einem informellen Dialogverfahren ist so zu gestalten, dass sie nicht ihrer Entscheidung im formalen Zulassungsverfahren vorgreift.
- Es besteht grundsätzlich die Gefahr, dass ein regionaler Beteiligungsprozess durch nicht kompromissbereite Vorhabensgegner torpediert wird. Dem kann durch gemeinsame Vereinbarungen des Gegenstands und der Ziele des Beteiligungsprozesses und einer gemeinsam erarbeiteten Geschäftsordnung des „Beteiligungsforums“ entgegengewirkt werden – wobei die Gefahr nicht vollständig auszuschließen ist.
- Die Mehrheitsverhältnisse in einem „Beteiligungsforum“ sind wichtig.
- Das Verhältnis der informellen Maßnahmen zur Einbeziehung der Öffentlichkeit zum formalen Verfahren muss klar sein.
- Politische Entscheidungen können ggf. auch sachlich gerechtfertigte Vorhaben verhindern. Im Einzelfall sind Möglichkeiten auszuloten, relevante politische Vertreter in den informellen Dialogprozess einzubeziehen.
- Ein regionaler Dialogprozess kann bei komplexen Vorhaben einen nationalen Diskurs zur gesellschaftlichen und politischen Konsensfindung nicht ersetzen.

Für die Realisierung eines konkreten Vorhabens ist es in der Regel hilfreich, wenn die grundsätzlichen Fragen zuvor in einem transparenten (nationalen) Prozess geklärt werden.